



Mitteilung der Greek Debit Audit Campaign Athen, 12. Februar 2012

Der internationale Vertrag und das Memorandum, die den Sicherungsabschlag (HAIRCUT) der griechischen Staatsverschuldung begleiten, führen zu einer noch stärkeren Verarmung der Bevölkerung. Sie werden zu einer dramatischen Verschlechterung sowohl des Lebensstandards als auch der Arbeitsbedingungen führen und uns im Endeffekt zu Sklaven unserer Gläubiger machen. Die Renten- und Lohnkürzungen, die Abschaffung der Tarifautonomie-Gesetze (die gegen Artikel 22 unserer Verfassung verstößt) und die 150.000 Entlassungen im öffentlichen Sektor bedeuten massenweise Hunger und Monatslöhne von nur 300 oder 400 Euro. Die schon jetzt hohe Arbeitslosigkeit wird auf 30% steigen. Die neuen Kürzungen bei Sozialausgaben, besonders im Gesundheitsbereich, werden unsere Lebenserwartung senken und die Sterblichkeitsrate auf ein mit Afrika vergleichbares Niveau steigen lassen. Die neuen Privatisierungen werden der griechischen Bevölkerung ihr Vermögen rauben und den Staat um zukünftige Einkünfte bringen. Wir betrachten die neuen Verpflichtungen, die vom englischen Gesetz und dem Großherzog von Luxemburg gedeckt werden (Artikel 13 der neuen Vereinbarung), nicht nur als schwere Beleidigung und Erniedrigung für einen unabhängigen Staat, sondern auch als eine Form der Gefangenschaft, da sie sehr viel beschwerlichere Neuverhandlungen der Schulden bedeuten. Außerdem schützen sie unsere Gläubiger vor den Konsequenzen, wenn Griechenland die Eurozone verlässt.

Aus all diesen Gründen schließt sich die Greek Debt Audit Campaign (Kampagne für eine Schuldenrevision in Griechenland) der Bevölkerung an und verlangt, dass über den neuen Vertrag und das neue Memorandum nicht abgestimmt wird, da diese

einer kompletten Einbeziehung des Privatsektors den Boden bereiten. Wir verlangen, dass die Zahlungen an unsere Gläubiger sofort und bedingungslos eingestellt werden und dass die Schuldbücher offengelegt werden, damit wir durch eine Schuldenrevision unsere Forderung nach einer Einstellung der Zahlungen rechtfertigen können. Ein sofortiges Ende der Zahlungen und die folgende Verschiebung des Anleihaustausches (DEFERRAL OF THE BONDS EXCHANGE) wird viele Übel abwenden. Erstens gäbe es keinen Bankrott unserer Rentenfonds, deren Vermögen in Folge des 'Private Sector Involvement Agreement' (einer Vereinbarung zur stärkeren Beteiligung des Privatsektors) um 12 Milliarden Euro gekürzt würden. Zweitens käme es nicht zur skandalösen Rückzahlung unseres ersten Bailout-Darlehens von 110 Milliarden Euro von der Troika, über das nicht einmal im Parlament abgestimmt wurde, das aber heute wie üblich zurückgezahlt und nicht einmal um einen einzigen Euro verringert würde. Drittens fänden wir möglicherweise endlich Gehör für unsere schon lange bestehende Forderung an Deutschland, die Darlehen zurückzuzahlen, die es erhielt, während Griechenland sich unter der Terrorherrschaft der Nazis befand.

Die Einstellung der Zahlungen an unsere Gläubiger ist für Griechenland verfassungsrechtlich nötig, da wir uns in einer Notsituation befinden: Es ist unmöglich, gleichzeitig unsere Schulden zu begleichen und staatliche Leistungen wie Gesundheitsvorsorge, Bildung und soziale Sicherheit zu erbringen. Die Notsituation als Grund für einen Rückzug von internationalen Verpflichtungen (speziell durch die Ankündigung, Zahlungen nicht zu leisten) wird von der UN-Völkerrechtskommission und dem

Internationalen Gerichtshof in Den Haag anerkannt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte akzeptierte vor kurzem das gleiche Recht in bezug auf die Schulden Russlands, da er entschied, die Interessen der Öffentlichkeit seien wichtiger als die wirtschaftlichen Forderungen der Gläubiger.

Die politischen Maßnahmen des Staates und der Troika sind nicht nur katastrophal und unmenschlich, sondern auch illegal und verfassungswidrig. Aus all diesen Gründen werden alle Verantwortlichen eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden. Verträge wie der neue internationale Vertrag, der die Lebensbedingungen der griechischen Bevölkerung so radikal verändert, können nur durch ein Referendum legitimiert werden. So lange Verträge nicht in dieser Form gerechtfertigt sind und so lange sie die griechische Bevölkerung versklaven, wird die Bevölkerung sie als null und nichtig betrachten – ebenso wie alle Memoranden und Policen, die sie begleiten.

Premierminister Loukas Papadimos' Regierung bringt uns ein soziales Armageddon, indem sie uns Beschlüsse von Gipfeln der Eurozone und katastrophale Maßnahmenpakete des Internationalen Währungsfonds aufzwingt. Diese werden eine Zahlungsunfähigkeit nicht verhindern, sondern sie noch wahrscheinlicher machen. Sogar die Deutschen geben inzwischen zu, dass sie früher oder später neue Sparmaßnahmen, neue Verträge und weitere Armut bringen werden, da sie keine Alternative sehen.

Die Regierung und die Troika erzwingen eine brutale strategische Einkommensumverteilung zum Nachteil der Ärmsten; der Wohlfahrtsstaat (Gesundheits-

vorsorge, Bildung, soziale Sicherheit und öffentliche Versorgung) wird vollkommen zusammenbrechen, und Griechenland wird zu einer Kolonie unter der Herrschaft deutscher Gauleiter werden. Die Greek Debt Audit Campaign und andere soziale Gruppen haben dies vorhergesehen: Es handelt sich um einen reinen Klassenkonflikt, der die Gesellschaft ins Unglück stürzen und Rechte vernichten wird, die über Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurden.

Wir, die wir bei dieser Strategie die Verlierer sind, schlagen folgendes vor: sofortige Einstellung der Zahlungen, Schuldenrevision, sofortige finanzielle Unterstützung für Geringverdiener, Erhöhung der Löhne, der Renten und des Arbeitslosengeldes, Verstaatlichung des Bankensystems und eine großzügige Zahlung zugunsten sozialer Sicherungsnetze und des Wohlfahrtsstaates. Dies ist die einzige Lösung für die Bevölkerung und das genaue Gegenteil derjenigen, die die Troika und die Regierung vorschlagen. Diese Lösung bedeutet eine Umverteilung des Einkommens, mehr Reichtum für die am wenigsten Verdienenden, eine Verminderung der sozialen Ungleichheit und eine Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens.

All das ist möglich und könnte sogar zu einem erneuten Wirtschaftswachstum führen. Aber es kann nur funktionieren, wenn die Gesellschaft auf die Straße geht und die Banker aus der Regierung vertreibt. Auch wenn über das Monster, das Papadimos, der Internationale Währungsfonds und die EU erschaffen haben, im Parlament abgestimmt worden ist – noch ist nichts vorbei. Der Kampf der Bevölkerung wird ihre Gesetze zunichte machen.

“Retten wir das griechische Volk vor seinen Rettern!”

21. Februar 2012 | Judith Dellheim

fordern Vicky SKOUMBI, Chefredakteurin der Zeitschrift ‚aletheia‘, Athen; Michel SURYA, Direktor der Zeitschrift ‚Lignes‘, Paris und Dimitris VERGETIS, Direktor der Zeitschrift ‚aletheia‘, Athen. Sie haben einen Aufruf verfasst, den sein Unterstützer Frieder Otto Wolf aus dem Französischen übersetzt hat (weitere Unterstützer/innen siehe unten). Hier der Text:

In eben dem Moment, in dem jeder zweite jugendliche Grieche arbeitslos ist, in dem 25000 Obdachlose durch die Straßen von Athen irren, in dem 30% der Bevölkerung unter die Armutsschwelle gefallen sind, in dem Tausende von Familien dazu gezwungen sind, ihre Kinder zur Arbeit zu schicken, damit sie nicht vor Hunger und Kälte sterben, in dem die neuen Armen und die Flüchtlinge sich auf den öffentlichen Müllhalden um die Abfälle streiten – in eben diesem Moment zwingen die „Retter“ Griechenlands unter dem Vorwand, dass die Griechen „sich nicht hinreichend Mühe geben“, diesem Land einen neuen Hilfeplan auf, der die verabreichte tödliche Dosis noch einmal verdoppelt. Dieser Plan schafft das Recht auf Arbeit ab, stürzt die Armen in extremes Elend und bringt zugleich die Mittelklassen vollständig zum Verschwinden.

Das Ziel dieser Operation kann gar nicht die „Rettung“ Griechenlands sein: in diesem Punkt sind sich alle Wirtschaftswissenschaftler einig, die überhaupt diesen Namen verdient haben. Es geht darum Zeit zu gewinnen, um die Gläubiger zu retten, während zugleich das Land in einen zeitverschobenen Konkurs getrieben wird. Und es geht vor allem darum, aus Griechenland – mit der aktiven Kollaboration seiner herrschenden Klasse – das Laboratorium einer gesellschaftlichen Veränderung zu machen, die dann in einem zweiten Schritt auf ganz Europa verallgemeinert werden wird. Das auf dem Rücken der Griechen experimentierte Modell ist das einer Gesellschaft ohne öffentliche Dienste, in der die Schulen, die Kliniken und die Abgabestellen für Medikamente zu Ruinen verfallen, in der Gesundheit zu einem Privileg der Reichen wird und in der die besonders verwundbaren Bevölkerungsteile zu einer planmäßigen Eliminierung bestimmt sind, während jene, die noch Arbeit haben, zu extremen Formen der Verarmung und der Prekarität verurteilt werden.

Damit diese Offensive des Neoliberalismus aber ihre Ziele erreichen kann, muss ein Regime eingesetzt werden, dass die elementarsten demokratischen Rechte schlichtweg einspart. Wir müssen daher sehen, wie in Europa auf Anweisung der Retter Regierungen von Technokraten gebildet werden, die sich einen Dreck um die Volkssouveränität kehren. Damit geht es um eine Wende in den parlamentarischen Regimen, in der zu beobachten ist, wie die „Volksvertreter“ den Experten und den Bankern freie Hand geben und auf das ihnen zugeschriebene Recht, Entscheidung zu treffen, einfach verzichten. Gewissermaßen ein parlamentarisch vollzogener Staatsstreich, der dann auch gegen die Protestaktionen des Volkes auf einen erweitertes Arsenal an Unterdrückungsmaßnahmen zurückgreift. Auf diese Weise hat in dem Moment, in dem die Abgeordneten – in direktem Gegensatz zu ihrem bei ihrer Wahl übernommenen Auftrag – das von der Troika (EU, ECB, IMF) diktierte Abkommen ratifiziert haben, eine Staatsgewalt, der jegliche demokratische Legitimität abgeht, die Zukunft des Landes für dreißig oder auch vierzig Jahre verpfändet.

Zugleich bereitet die Europäische Union die Einrichtung eines Sperrkontos vor, auf das die Hilfen für Griechenland direkt überwiesen werden sollen, so dass sie einzig und allein für den Schuldendienst eingesetzt wird. Die Einkünfte des Landes sollen mit „absoluter Priorität“ für die Rückzahlungen an die Gläubiger eingesetzt werden und nötigenfalls direkt auf dieses von der Europäischen Union verwaltete Konto überwiesen werden. Das Abkommen legt fest, dass jede neue Schuldverschreibung, die in seinem Rahmen aufgelegt wird, dem englischen Recht unterliegt, das materielle Garantien vorsieht, und dass alle Streitfragen von den Gerichten in Luxemburg entschieden werden sollen, da Griechenland auf jeden Einspruch gegen von den Gläubigern beschlossene Pfändungen im Vorhinein verzichtet hat. Um das Bild abzurunden, werden auch noch die

aufgelegten Privatisierungen einer von der Troika verwalteten Kasse übertragen, bei der die Eigentumstitel der öffentlichen Güter deponiert werden. Kurzum, es geht um eine ganz allgemein durchgeführte Plünderung, also um den eigentümlichen Zug des Finanzkapitalismus, der sich hier eine schöne institutionelle Bestätigung leistet. In dem Maße, wie hier dann Käufer und Verkäufer auf derselben Seite des Tisches sitzen werden, kann es keinen Zweifel daran geben, dass dieses Privatisierungsunternehmen sich zu einem wahren Festmahl für diejenigen (seien es nun Griechen oder Ausländer) entwickeln wird, welche die öffentlichen Unternehmen übernehmen.

Nun haben alle bisher ergriffenen Maßnahmen nur zu dem Ergebnis geführt, dass der griechische Staat immer tiefer in seinen Schulden versunken ist und dass die griechische Staatsschuld – mit der Hilfe der Retter, die Geld gegen Wucherzinsen verleihen – geradezu explodiert ist und sich jetzt im freien Fall den 170% des BIP annähert, wo sie doch 2009 nur bei 120% lag. Es können Wetten darauf abgeschlossen werden, dass diese ganze Schar von Rettungsplänen – die jedesmal als die „allerletzten“ dargestellt werden – kein anderes Ziel verfolgt hat, als die Position Griechenlands immer mehr zu schwächen, um ihm – ohne jede Möglichkeit, von sich aus die Bedingungen einer Umstrukturierung vorzuschlagen – dadurch aufzuzwingen, dass es alles seinen Gläubigern überlässt, um der erpresserischen Alternative „entweder die Austeritätspolitik oder die Katastrophe“ zu entkommen. Die künstlich erzwungene Erschwerung des Verschuldungsproblems ist auf diese Weise als eine Waffe eingesetzt worden, um ein ganze Gesellschaft im Sturmangriff zu erobern. Wir sind uns dessen wohl bewusst, dass wir hier Begriffe aus dem Bereich des Militärischen benutzen: Es geht eben wirklich um einen Krieg, der mit den Mitteln der Finanzen, der Politik und des Rechts ausgetragen worden ist, einen Klassenkrieg, der gegen die gesamte Gesellschaft geführt worden ist. Und die Beute, welche die Finanzklasse ihrem „Feind“ zu entreißen hofft, das sind die sozialen Errungenschaften und die demokratischen Rechte – und letztlich überhaupt die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens. Das Leben derjenigen, die nicht produzieren oder die aus der Sicht der Profitmaximierungsstrategien zu wenig konsumieren, braucht nicht länger erhalten zu werden.

Auf diese Weise wird die Schwäche eines Landes, das sich von einer grenzenlosen Spekulation und zerstörerischen Rettungsplänen in den Würgegriff genommen sieht, zum Einfallstor für ein neues Modell von Gesellschaft, das sich den Anforderungen des neoliberalen Fundamentalismus anpasst. Dieses Modell ist für ganz Europa bestimmt – und zielt auch noch darüber hinaus, wo immer sich das anbietet. Darum geht es wirklich – und aus diesem Grunde lässt sich die Verteidigung des griechischen Volkes nicht auf eine bloße Geste einer abstrakten Solidarität oder ebenso abstrakten Humanität reduzieren. Denn die Zukunft der Demokratie in Europa und das Schicksal der Völker Europas stehen hier auf dem Spiel. Überall wird man uns die „gebieterische Notwendigkeit“ vor Augen führen, eine „schmerzhaft, aber heilsame“ Austeritätspolitik zu betreiben – als das einzige Mittel, um dem Schicksal Griechenlands zu entgehen, obwohl sie doch in Wirklichkeit geradenwegs dahin führt.

Angesichts dieses organisiert vorgetragenen Angriffs auf die Gesellschaft und angesichts der Zerstörung der letzten Inseln der Demokratie, rufen wir unsere Mitbürger, unsere französischen und europäischen Freunde dazu auf, laut und deutlich ihre Stimme zu erheben. Den Experten und den Politikern darf nicht das Monopol des Wortes überlassen werden. Kann uns denn die Tatsache gleichgültig lassen, dass auf Verlangen insbesondere der deutschen und französischen Staatsführung den Griechen in Zukunft freie Wahlen verboten werden sollen. Verlangt die systematische Stigmatisierung und Verleumdung eines europäischen Volkes etwa keine Antwort? Ist es denn überhaupt möglich, gegen die institutionelle Ermordung des griechischen Volkes nicht seine Stimme zu erheben? Und kann man denn Stillschweigen bewahren angesichts der gewalttätigen Durchsetzung eines Systems, das den Gedanken der sozialen Solidarität als solchen aus der Rechtsordnung verbannt?

Wir befinden uns an einem Wendepunkt, von dem kein Weg mehr zurückführt. Es ist dringend geboten, den Krieg der Worte und der Zahlen auch von uns aus zu führen, um der ultraliberalen Rhetorik entgegenzutreten, die Angst und Fehlinformationen verbreitet. Es ist dringend geboten, die angeblich moralischen Lektionen zu demaskieren, die nur dazu dienen, zu verbergen, was wirklich in unseren Gesellschaften geschieht.

Es ist mehr als dringend geworden, die rassistische Hartnäckigkeit als solche zu enthüllen, mit der der unterstellte Nationalcharakter eines Volkes (also, ganz nach Belieben: Faulheit und Gerissenheit) zum ersten Grund einer Krise erklärt werden soll, die in Wirklichkeit eine weltweite Krise ist. Was heute wirklich zählt, sind doch nicht die Besonderheiten der Völker, ganz gleich, ob sie real oder nur imaginär sind. Es geht vielmehr darum, was ihnen gemeinsam ist: Das Schicksal eines Volkes, das sich auf alle anderen Völker auswirken wird.

Technische Lösungen, mit denen man die Alternative „entweder Zerstörung der Gesellschaft oder Bankrott“ (was in Wirklichkeit, wie man heute sieht, bedeutet „sowohl Zerstörung der Gesellschaft als auch Bankrott“) vermeiden kann, sind schon vielfach vorgeschlagen worden. Alle müssen auf den Tisch, wenn darüber nachgedacht wird, wie ein anderes Europa aufgebaut werden kann. Aber zunächst einmal steht es an, das Verbrechen anzuzeigen und die Lage vollständig ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, in der sich das griechische Volk heute aufgrund der „Hilfspläne“ befindet, die von und für die Spekulanten und Gläubiger erdacht worden sind. In dem Moment, in dem sich weltumspannend eine Unterstützerbewegung bildet, in dem die Netze des Internets von Solidaritätsinitiativen nur so

wimmeln – sollten da die französischen Intellektuellen die letzten sein, die ihre Stimme für Griechenland erheben? Warten wir also nicht länger, schreiben wir immer mehr Artikel, ergreifen wir in den Medien das Wort, setzen wir Debatten Gang, wo immer sie stattfinden können, starten wir Volksbegehren und Demonstrationen. Jede Initiative ist hier willkommen, jede Initiative dringend nötig. Wir selber ergreifen hiermit die Initiative für ein europäisches Komitee der Intellektuellen und Künstler, das der Solidarität mit dem griechischen Volk in seinem Widerstand dient. Wenn wir das nicht tun, wer dann? Wenn nicht jetzt, wenn dann?”

Unterstützer/innen: Daniel ALVARO, Alain BADIOU, Jean-Christophe BAILLY, Étienne BALIBAR, Fernanda BERNARDO, Barbara CASSIN, Bruno CLÉMENT, Danièle COHEN-LEVINAS, Yannick COURTEL, Claire DENIS, Georges DIDI-HUBERMANN, Roberto ESPOSITO, Francesca ISIDORI, Pierre-Philippe JANDIN, Jérôme LÈBRE, Jean-Clet MARTIN, Jean-Luc NANCY, Jacques RANCIÈRE, Judith REVEL, Elisabeth RIGAL; Jacob ROGOZINSKI, Avital RONELLI, Ugo SANTIAGO, Beppe SEBASTE, Michèle SINAPI, Enzo TRAVERSO, Frieder Otto WOLF.

Der Aufruf kann hier unterstützt werden.

<http://ifg.rosalux.de/2012/02/21/retten-wir-das-griechische-volk-vor-seinen-rettern/>

Sauvons le peuple grec de ses sauveurs !

Tribune Par un collectif d'intellectuels et d'artistes européens

Au moment où un jeune Grec sur deux est au chômage, où 25 000 SDF errent dans les rues d'Athènes, où 30% de la population est tombée sous le seuil de pauvreté, où des milliers de familles sont obligées de placer leurs enfants pour qu'ils ne crèvent pas de faim et de froid, où nouveaux pauvres et réfugiés se disputent les poubelles dans les décharges publiques, les «sauveurs» de la Grèce, sous prétexte que les Grecs «ne font pas assez d'efforts», imposent un nouveau plan d'aide qui double la dose létale administrée. Un plan qui abolit le droit du travail, et qui réduit les pauvres à l'extrême misère, tout en faisant disparaître du tableau les classes moyennes.

Le but ne saurait être le «sauvetage» de la Grèce : sur ce point, tous les économistes dignes de ce nom sont d'accord. Il s'agit de gagner du temps pour sauver les créanciers tout en menant le pays à une faillite différée. Il s'agit surtout de faire de la Grèce le laboratoire d'un changement social qui, dans un deuxième temps, se généralisera à toute l'Europe. Le modèle expérimenté sur les Grecs est celui d'une société sans services publics, où les écoles, les hôpitaux et les dispensaires tombent en ruine, où la santé devient le privilège des riches, où les populations vulnérables sont vouées à une élimination programmée, tandis que ceux qui travaillent encore sont condamnés aux formes extrêmes de la paupérisation et de la précarisation.

Mais pour que cette offensive du néolibéralisme puisse arriver à ses fins, il faut instaurer un régime qui fait l'économie de droits démocratiques les plus élémentaires. Sous l'injonction des sauveurs, on voit donc s'installer en Europe des gouvernements de technocrates qui font fi de la souveraineté populaire. Il s'agit d'un tournant dans les régimes parlementaires où l'on voit les «représentants du peuple» donner carte blanche aux experts et aux banquiers, abdiquant leur pouvoir décisionnel supposé. Un coup d'Etat parlementaire en quelque sorte, qui fait aussi appel à un arsenal répressif amplifié face aux protestations populaires. Ainsi, dès lors que les députés ont ratifié la convention dictée par la troïka (l'Union européenne, la Banque centrale

européenne et le Fonds monétaire international), diamétralement opposée au mandat qu'ils avaient reçu, un pouvoir dépourvu de légitimité démocratique aura engagé l'avenir du pays pour trente ou quarante ans.

Parallèlement l'Union européenne s'apprête à constituer un compte bloqué où serait directement versée l'aide à la Grèce afin qu'elle soit employée uniquement au service de la dette. Les recettes du pays devraient être en «priorité absolue» consacrées au remboursement de créanciers, et, si besoin est, directement versées à ce compte géré par l'Union européenne. La convention stipule que toute nouvelle obligation émise dans son cadre sera régie par le droit anglais, qui engage des garanties matérielles, alors que les différends seront jugés par les tribunaux du Luxembourg, la Grèce ayant renoncé d'avance à tout droit de recours contre une saisie décidée par ses créanciers. Pour compléter le tableau, les privatisations sont confiées à une caisse gérée par la troïka, où seront déposés les titres de propriété de biens publics. Bref, c'est le pillage généralisé, trait propre du capitalisme financier qui s'offre ici une belle consécration institutionnelle. Dans la mesure où vendeurs et acheteurs siégeront du même côté de la table, on ne doute guère que cette entreprise de privatisation soit un vrai festin pour les repreneurs.

Or toutes les mesures prises jusqu'à maintenant n'ont fait que creuser la dette souveraine grecque et, avec le secours de sauveurs qui prêtent à des taux usuraires, celle-ci a carrément explosé en approchant des 170% d'un PIB en chute libre, alors qu'en 2009 elle n'en représentait encore que 120%. Il est à parier que cette cohorte de plans de sauvetage - à chaque fois présentés comme «ultimes» - n'a eu d'autre but que d'affaiblir toujours davantage la position de la Grèce de sorte que, privée de toute possibilité de proposer elle-même les termes d'une restructuration, elle soit réduite à tout céder à ses créanciers sous le chantage de «la catastrophe ou l'austérité».

L'aggravation artificielle et coercitive du problème de la dette a été utilisée comme une

arme pour prendre d'assaut une société entière. C'est à bon escient que nous employons ici des termes relevant du domaine militaire : il s'agit bel et bien d'une guerre conduite par les moyens de la finance, de la politique et du droit, une guerre de classe contre la société entière. Et le butin que la classe financière compte arracher à «l'ennemi», ce sont les acquis sociaux et les droits démocratiques, mais au bout du compte, c'est la possibilité même d'une vie humaine. La vie de ceux qui ne produisent ou ne consomment pas assez au regard des stratégies de maximisation du profit, ne doit plus être préservée.

Ainsi, la faiblesse d'un pays pris en étau entre la spéculation sans limites et les plans de sauvetage dévastateurs, devient la porte dérobée par où fait irruption un nouveau modèle de société conforme aux exigences du fondamentalisme néolibéral. Modèle destiné à toute l'Europe et plus si affinités. C'est le véritable enjeu et c'est pour cela que défendre le peuple grec ne se réduit pas à un geste de solidarité ou d'humanité abstraite : l'avenir de la démocratie et le sort des peuples européens sont en question. Partout la «nécessité impérieuse» d'une austérité «douloureuse, mais salutaire» va nous être présentée comme le moyen d'échapper au destin grec, alors qu'elle y mène tout droit.

Devant cette attaque en règle contre la société, devant la destruction des derniers îlots de la démocratie, nous appelons nos concitoyens, nos amis français et européens à s'exprimer haut et fort. Il ne faut pas laisser le monopole de la parole aux experts et aux politiciens. Le fait qu'à la demande des dirigeants allemands et français en particulier la Grèce soit désormais interdite d'élections peut-il nous laisser indifférents ? La stigmatisation et le dénigrement systématique d'un peuple européen ne mériteraient-ils pas une riposte ? Est-il possible de ne pas élever sa voix contre l'assassinat institutionnel du peuple grec ? Et pouvons-nous garder le silence devant l'instauration à marche forcée d'un système qui met hors la loi l'idée même de solidarité sociale ?

Nous sommes au point de non-retour. Il est urgent de mener la bataille des chiffres et la guerre des mots pour contrer la rhétorique ultralibérale de la peur et de la désinformation. Il est urgent de déconstruire les leçons de morale qui occultent le processus réel à l'œuvre dans la

société. Il devient plus qu'urgent de démystifier l'insistance raciste sur la «spécificité grecque», qui prétend faire du caractère national supposé d'un peuple (paresse et roublardise à volonté) la cause première d'une crise en réalité mondiale. Ce qui compte aujourd'hui ne sont pas les particularités, réelles ou imaginaires, mais les communs : le sort d'un peuple qui affectera tous les autres.

Bien des solutions techniques ont été proposées pour sortir de l'alternative «ou la destruction de la société ou la faillite» (qui veut dire, on le voit aujourd'hui : «et la destruction et la faillite»). Toutes doivent être mises à plat comme éléments de réflexion pour la construction d'une autre Europe. Mais d'abord il faut dénoncer le crime, porter au grand jour la situation dans laquelle se trouve le peuple grec à cause des «plans d'aide» conçus par et pour les spéculateurs et les créanciers. Au moment où un mouvement de soutien se tisse autour du monde, où les réseaux d'Internet bruissent d'initiatives de solidarité, les intellectuels français seraient-ils donc les derniers à élever leur voix pour la Grèce ? Sans attendre davantage, multiplions les articles, les interventions dans les médias, les débats, les pétitions, les manifestations. Car toute initiative est bienvenue, toute initiative est urgente.

Pour nous, voici ce que nous proposons : aller très vite vers la formation d'un comité européen des intellectuels et des artistes pour la solidarité avec le peuple grec qui résiste. Si ce n'est pas nous, ce sera qui ? Si ce n'est pas maintenant, ce sera quand ?

Vicky Skoumbi, rédactrice en chef de la revue «Alètheia», Athènes, Michel Surya, directeur de la revue «Lignes», Paris, Dimitris Vergetis, directeur de la revue «Alètheia», Athènes. Et : Daniel Alvara, Alain Badiou, Jean-Christophe Bailly, Etienne Balibar, Fernanda Bernardo, Barbara Cassin, Bruno Clément, Danielle Cohen-Levinas, Yannick Courtel, Claire Denis, Georges Didi-Huberman, Roberto Esposito, Francesca Isidori, Pierre-Philippe Jandin, Jérôme Lèbre, Jean-Clet Martin, Jean-Luc Nancy, Jacques Rancière, Judith Revel, Elisabeth Rigal, Jacob Rogozinski, Hugo Santiago, Beppe Sebaste, Michèle Sinapi, Enzo Traverso

<http://www.liberation.fr/monde/01012391134-sauvons-le-peuple-grec-de-ses-sauveurs>